

Rede von Dr. Wolfgang Gerhardt

Vorsitzender des Vorstands der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Sofia, 7. April 2009

*- Es gilt das gesprochene Wort -*

Verehrte Frau Ministerin Passy,

Exzellenzen,

lieber Herr Botschafter Geier

lieber Herr Dr. Vassilev,

meine sehr geehrten Damen und Herren,

liebe Partner und Freunde der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit!

Mit dem Ende des Kalten Krieges vor 20 Jahren rückte die Vision eines neuen europäischen Kontinents in greifbare Nähe, der geeinigt, friedlich, frei, offen, demokratisch und liberal ist. Mit der erfolgreichen östlichen Erweiterung der Europäischen Union und der NATO wurde dieser Traum für 100 Millionen Menschen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa Wirklichkeit.

Heute sind inzwischen 12 Länder aus dieser Region Mitglied der NATO und der EU. Mit ihrem Eintritt als junge Demokratien in die europäische Wertegemeinschaft sind sie auch Teil des europäischen Binnenmarktes geworden, dem größten der Welt, der ein Viertel des globalen Wohlstandes produziert.

Den entscheidenden Beitrag haben die Vertreter des organisierten Liberalismus, die Nationale Bewegung für Stabilität und Fortschritt und die Bewegung für Rechte und Freiheiten geleistet, die seit 2001 zwei Wahlperioden in der Regierungsverantwortung stehen.

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit ist stolz darauf, die erste deutsche politische Stiftung gewesen zu sein, die 1990 ihre Tätigkeit in Bulgarien aufnahm und den langen steilen Weg des Landes in die NATO und in die EU begleitete. Es ist eine besondere Ehre, auch einen eigenen Beitrag zu dieser Entwicklung geleistet zu haben.

Heute ist die liberale Stiftung sogar mit zwei Büros und insgesamt 12 Mitarbeitern am Standort Sofia vertreten, von wo aus unsere Projektarbeit in 27 Ländern der Region gesteuert wird.

Der langjährige liberale Außenminister Deutschlands, Hans-Dietrich Genscher, hat festgestellt, dass für den Erfolg der europäischen Einigung das Verständnis essentiell war, dass die Mitglieder der europäischen Gemeinschaft, unabhängig von ihrer Größe, gleichberechtigt und ebenbürtig sind. Nach Jahrhunderten von Rivalitäten und Kriegen hat Europa aus seiner Geschichte gelernt.

Erinnern wir uns hier in Sofia an den Kampf für Freiheit, Recht und Demokratie in diesem Teil unseres europäischen Kontinents. Der Aufstand am 17. Juni 1953 in Ostdeutschland, die gescheiterte Revolution 1956 in Ungarn, der Prager Frühling von 1968, der polnische Sommer 1981 und schließlich der Fall der Mauer im November 1989.

Das Jahr 2009 ist aber nicht nur ein Jahr des Erinnerns. Gleichzeitig ist es ein Jahr der Weichenstellungen, ganz zu schweigen von neuen weltweiten Herausforderungen, in dem die Bürgerinnen und Bürger zu wichtigen Entscheidungen für die Zukunft ihres Landes und der EU aufgerufen werden, in Bulgarien genauso wie in Deutschland und in den anderen Ländern Europas.

In Europa haben wir gelernt, den Frieden über Mechanismen der Versöhnung, über institutionelle Integration und eine klare Rechtskultur zu sichern. Europa ist noch nicht da, wo es sein soll, es fehlt noch an kritischer Masse für wirkliche europäische Loyalität, wie sie sie für

die jeweiligen Nationalstaaten gibt, aber es ist aus dem Größten heraus. Wenn es die Europäische Union aber nicht gäbe, müssten wir sie geradezu erfinden.

Die EU bedeutet dabei keinesfalls eine Flucht aus der nationalen Eigenverantwortung in die europäische Integration. Sie ist vielmehr die schlichte Selbstbehauptung im weltweiten Wettbewerb, - und dies nicht nur materiell, sondern vor allem ideell. 75 % der Bulgaren wollen Europa, mit seinen demokratischen Institutionen, wie das Eurobarometer des Economist vom 21.03.09 zeigt.

Mit der historischen Wende im Osten ist auch der alte bipolare Konflikt zwischen Ost und West Vergangenheit. Die neue Multipolarität ist unsere heutige Realität; - die Notwendigkeit globaler Kooperation ergibt sich daraus zwingend. Denn Multipolarität ohne Spielregeln, das kann nichts werden.

Eine neue kooperative Weltordnung braucht Werte und wird sich auf Einsichten und Erfahrungen der Europäer beim europäischen Einigungsprozess stützen müssen. Es gilt die Stärke des Rechts und nicht das Recht des Stärkeren. Die EU muss Orientierung ausstrahlen.

Demokratie ist nicht einfach nur ein institutionelles Gebilde, sondern sie ist eine politische Kultur.

Mit Besorgnis müssen wir aber beobachten, dass die Freiheit noch nicht überall gewonnen ist. Es scheint als wüssten viele nicht wie wertvoll sie ist.

In Russland, Belarus, im Südkaukasus und in den zentralasiatischen Staaten kann von Demokratisierung nicht mehr die Rede sein: Die Übergangsperiode ist vorüber; doch ihr Ergebnis ist nicht die Demokratie, sondern der autoritäre Staat.

Durch rechtliche Eingriffe, das rücksichtslose Einsetzen administrativer Macht, die permanente Manipulation der Öffentlichkeit durch ein staatliches Medienmonopol sowie die Steuerung der Opposition bis hin zur Schaffung einer Scheinopposition ist der in den Anfängen begriffene Pluralismus systematisch beschränkt und zurückgedrängt worden.

Russland nutzt seine Ressourcen, um sich einen Platz in der Weltliga zu sichern. Es wird sich mit Sicherheit nicht schnell zu einer Westminsterdemokratie entwickeln. Es hat weder eine unabhängige Rechtsprechung, noch unabhängige Institutionen. Es scheint groß und mächtig und verletzlich zugleich. Seine Eliten hängen einem Machtverständnis nach, das sich in Machtausüben gegen andere erschöpft. Imperiale Nostalgie ist aber keine Lösung.

Das demokratische Europa sollte besorgt darüber sein, dass die Integrationswirkung der EU in vielen östlichen Nachbarregionen offenbar nachlässt. Dadurch steigt in einer tendenziell weniger europäisch-atlantischen Welt die Gefahr der Entstehung eines alternativen Ordnungsmodells an den Grenzen der EU und NATO, das weniger Werte der persönlichen Unabhängigkeit und der persönlichen Freiheit kennt.

Die EU muss daher ihre strategischen Interessen in der Region klarer als bisher definieren. Ihr muss es um zusätzliche Initiativen zur Förderung des demokratischen Wandels und der Stabilität in den Nachbarregionen im Schwarzmeerraum sowie im südlichen Kaukasus gehen.

Das Ansehen und das Gewicht der EU lässt sich an den Beitrittsgesuchen ablesen. Die politischen Prinzipien, auf denen die EU beruht, sind richtig und erstrebenswert, unabhängig davon, ob oder wann ein Beitritt erfolgt, oder ob ein Land sich in der Nachbarschaftspolitik befindet. Sie waren schon für viele Länder ein guter Leitfaden für ihre erfolgreiche Entwicklung.

Die demokratische und wirtschaftliche Konsolidierung der neuen EU-Mitgliedstaaten ist nach 20 Jahren der Transformation noch nicht abgeschlossen. Manche politisch-kulturellen Wurzeln aus der kommunistischen Ära sind noch nicht ausgerissen worden. Dadurch sind die Menschen in vielen Bereichen des alltäglichen Lebens weiterhin mit zwei konkurrierenden Realitäten konfrontiert. Das schafft Frustration und Ohnmacht und kostet politisches Vertrauen.

Hier sind die politischen Akteure gefordert, den Rechtsstaat zu verteidigen, sich klar zu positionieren und ihre politische Führungsfunktion wahrzunehmen. Die jeweiligen nationalen Eliten brauchen dazu Mut. In vielen anderen Fragen gilt die Courage auch für die politischen wie gesellschaftlichen Eliten in den westeuropäischen Mitgliedsländern. Europa entsteht nicht allein in Brüssel.

Diejenigen Gesellschaften werden am Ende erfolgreich sein, die mit den schnellen Veränderungen unserer Zeit am Besten zurecht kommen, die Kompetenz im Wandel entfalten und die zu neuen Antworten auf innere und äußere Herausforderungen fähig sind. Die Zukunft wird von denen gewonnen, die sich heute darauf vorbereiten.

Freiheitliche Politikentwürfe sind dringlich gefordert, denn das Verhältnis von kollektiver und individueller Verantwortung stimmt nicht mehr. Kollektive Systeme vermitteln den Menschen zudem den Eindruck, dass sie zur Lösung von Problemen selbst keinen Beitrag mehr leisten müssen.

Man erwartet die Segnungen des marktwirtschaftlichen Systems, nicht aber die Risiken. Die soziale Marktwirtschaft ist die größte Wohlstandsmaschine, sie kennt aber auch zwangsläufig Abschwünge und Krisen, sie muss sich immer wieder erneuern, wenn sie erfolgreich bleiben will.

Vorurteile über das Wesen des Marktes bestehen auch in wohlhabenden Ländern. Die Kehrseite der Medaille ist die Geringschätzung von Freiheit.

Viele fürchten, dass Freiheit anderen mehr nutze als ihnen selbst. Es ist aber falsch, moralisches Empfinden grundsätzlich gegen den Markt zu richten. Unkontrollierte wirtschaftliche und auch politische Macht sind immer genau dort entstanden, wo Wettbewerb aus politischen Motiven ausgeschaltet und dadurch der Markt seine Steuerungsfunktion nicht entfalten konnte.

Markt und Moral sind keine Gegensätze. Markt sowie Charakter und Haltung sind gleichbedeutend und gleich wichtig. Am Anfang des Kapitalismus stand die kaufmännische Tugend der Bescheidenheit. Es muss deshalb jedoch niemand in den heutigen Generationen als Asket leben. Aber Anreizsysteme für „schnelles Geld“, die sich auf den Finanzmärkten herausgebildet haben und die in Mode gekommen sind, sind mit menschlichem Maß kaum mehr in Einklang zu bringen.

Ganz offensichtlich haben die bisherigen Regeln nicht genügt, um eklatantes Marktversagen zu verhindern. Deshalb müssen sie korrigiert werden, am wirkungsvollsten auf internationaler Ebene. Die Verstaatlichung der Risiken wäre aber eine Bankrotterklärung für die Marktwirtschaft.

Vor allem müssen wir heute aufpassen, das Kind nicht mit dem Bade auszuschütten: Das Marktversagen von heute ist auch eine Konsequenz aus dem Staatsversagen von gestern. Und vor allem: Die Tatsache, dass staatliches Eingreifen gegenwärtig notwendig und unumgänglich ist, macht den Staat noch lange nicht zum besseren Banker. In Deutschland waren es gerade die staatlichen Landesbanken, die sich in riskanten Geschäftsfeldern verhaben haben.

Gleichwohl: Für Liberale ist der begrenzte Eingriff des Staates nicht das Ende der Marktwirtschaft. Der Staat muss Spielregeln setzen, deren Verletzung auch sanktioniert wird. Das war übrigens das Programm der aus historischer Unkenntnis von manchen so heftig kritisierten Neoliberalen. Es gibt unterschiedliche Transformationsphasen, gesamtwirtschaftliche Robustheit, sozioökonomische Gegebenheiten und finanzielle Solidität oder nichts.

Die Auswirkungen der Krise werden uns alle treffen, allerdings nicht in gleichem Maße. Verteilungspolitische Spielräume sind im Osten Europas ohnehin sehr beschränkt, das Wohlstandsgefälle gegenüber dem Westen ist weiterhin groß. Während das in Kaufkraftparitäten gemessene Pro-Kopf-Einkommen in Tschechien inzwischen immerhin 60 Prozent des Eurolanddurchschnitts erreicht hat, sind es in Bulgarien und Rumänien weniger als 30 Prozent. Denjenigen Ländern, die über ihre Verhältnisse gelebt haben, stehen ungleich schwierigere Zeiten hervor. In der Krise liegt aber auch eine besondere Chance für Reform und Innovation.

Der Aufstieg und Fall von Nationen ist nicht allein bedingt durch Rohstoffe oder technologische Fähigkeiten. Ihre Kultur, ihre Kompetenz im Wandel, die Herrschaft des Rechts, unabhängige Institutionen und vor allem Bildungschancen sind es. Produktivitätsgewinne werden über Innovationsfähigkeiten entstehen. Hier liegt der Schlüssel für die Zukunft.

Es wird darauf ankommen, ein Bewusstsein für die neuen Herausforderungen und eine Haltung zu deren Bewältigung zu schaffen, eine den Aufgaben entsprechende öffentliche Meinung herzustellen und so das gesellschaftliche Klima zu prägen.

Trotz aller Kritik und Schwierigkeiten ist Bulgarien heute ein fester Bestandteil der freien Welt. Ich bin mir sicher, dass eine weitere Beschleunigung der Integration in die europäischen

Strukturen möglich und wahrscheinlich ist. Die Bulgaren selbst sind aufgefordert, dafür ihre guten Kräfte einzusetzen, - und die schlechten zu bekämpfen. Das vorhandene liberale Potenzial Bulgariens und die in Freiheit aufgewachsene neue Generation sind Hoffnung dafür.

Der Faschismus lockte mit Bindung und Führung. Der Kommunismus mit Bindung und Hoffnung. Ralf Dahrendorf beschreibt beides überzeugend als Versuchungen der Unfreiheit. Solche Sehnsüchte können in anderer Gestalt immer wieder erscheinen.

Deshalb muss für die Freiheit immer wieder neu gestritten werden. Immer wieder von vorn anfangen ist mühselig. Wir müssen es aber tun, denn ohne Freiheit ist alles nichts.